Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

234 (6.10.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustell-Durch die Post geld. — Einzelnummer 15 Pf. — Frei Haus 280, im Verlag abgeholt 250 DM

Badifder Bandomann gegründet 1896



Guddentiche Beimatzeitung

für ben Albgan

Anzeigenpreis: die 6-gespaltene Milli-meterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 1.) (Tel. aufgegeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden-

3. /52. 3ahrgang

cen ekeeke

-76

Samstag, ben 6. Oktober 1951

Mr. 234

Auch SPD fordert Aufklärung Dokumentendlebstahl unter der Lupe -Bundesregierung gibt Gegendarstellung

Bonn (UP). Die Sozialdemokratische Par-Benn (UP). Die Sozialdemokratische Par-lei verlangte jetzt ebenfalls eine restinse Aufklirung der gegen die SPD erhobenen Verleumdungen" im Zusammenhang mit dem Bonner Dokumentendiebstahl und for-derte den baldigen Zusammentritt des von der CDU beantragien parlamentarischen Un-Erklärung wird von maßgebender sozialdemokratischer Seite gleichzeitig bemerkt,
daß der "Nachrichtendienst ausgerechnet der
französischen Besatzungsmacht" den Bundeskanzler bespitzeit habe. Mit diesem allein
wichtigen Tatbestand hätten sich aber weder
die Bundesregierung noch ihre Parteien auseinandergesetzt. Die SPD behauptet grneut,
daß sie keinerlei Dokumente geheimen Charakters erhalten und nie gewußt habe oder rakters erhalten und nie gewullt habe oder wissen konnte, daß Dritte irgendwelche Do-kumente oder Schriftsätze erhalten haben. Diese Art der Verdlichtigung ist das Unsauberste, was seit 1943 in der deutschen Po-litik betrieben worden ist". Die Bundesregierung stellte zu dieser Er-

klärung der SPD fest, daß die Mitteilung von der Übergabe gebeimer Schriftstücke an die SPD ebenso auf den Angaben der Beschul-digten beruhe wie die Berichte über den Verkauf von Dokumenten an den franz schen Nachrichtendienst. Ferner sei der frühere Amtsgehilfe des Bundeskanzieramtes, der der SPD angehört, der einzige Bundesbedienstete, der in diesen Fall verwickelt ist. Irgendeine Verbindung zum Fall Platow be-stehe nicht. Das Bemühen der SPD, die beiden Fälle miteinander zu verquicken, be-deute einen Versuch, von dem ihr peinlichen Vorfall abgulenken.

Arzte fordern höhere Kassenleistungen 54. Deutscher Arztetag in München

München (UP), Im Münchener Residenz-theater wird am Samstag der 54. Deutsche Arztetag eröffnet, an dem zum erstenmal auch der Präsident des Weltärztebundes, Dr. Knut-

Der Deutsche Arztetag wird den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Ausübung des arztlichen Berufs und eine Facharztordnung sowie die Forderung nach einer Bestallungs-srdnung über die Ausbildung, Prüfung und Approbation der jungen Arzte beraten. Die Ergebnisse der Diskussion sollen der Bundesregierung zugeleitet werden. Die bisher an den medizinischen Fakultäten "böchst lasch" Jurchgeführten Prüfungen sollen einen strengeren Madstab erhalten. Der Deutsche Arzteing wird ferner über den bereits dem Bundes-kanzler vor zwei Wochen zugeleiteten Vor-schlag über die Besserung der Volksgesund-

Der wissenschaftliche Beirat des Präsidiums des Deutschen Ärztetages vertrat in seiner konstituierenden Sitzung die Auffassung, daß medizinischer Indikation nur erfolgen dürfe wenn ein unabhängiger, von der Arztekammer der ihren Untergliederungen gebildeter Gutschterausschuß zustimmend Stellung genommen hat. Eine Beteiligung von Behörden oder onstigen Amtsstellen sei abzulehnen. Den Vorsitzenden der Gutachterausschüsse solle jede erfolgte Schwangerschaftsunterbrechung von dem Arzt mitgeteilt werden, der sie aushat, Der wissenschaftliche Beirat werde Richtlinien für die Schwangerschaftsanterbrechung aus medizinischer Indikation

Gesamtvorstand des Verbandes der Arzte in Deutschland (Hartmann-Bund) for-derte den baldigen Erlaß des Gesetzes zur Regelung der Beziehungen zwischen Arzten und Krankenkassen. Vor allem müßten die Kassen-Arzte ein angemessenes Honorar er-balten. Die ärztlichen Forderungen könnten, so betont der Hartmann-Bund ohne Beitragserhöhung der Sozialversicherten sofort erfüllt

VOM TAGE

Der britische Hochkommissar hat sein Reise nach England unterbrochen und wird erst am Montag in London eintreffen. US-Betschafter Kirk, der Moskau verlassen

wird, wurde von Außenminister Wysthinski zu einer längeren Unterredung empfangen. General Stratemayer, Oberbefehlshaber er US-Luftstreitkräfte im Fernen Osten,

wird im November in den Ruhestand treten. Ein Spionage-Prozeß gegen 14 Personen, denen die Zusammenarbeit mit dem sowjeti-schen Geheimdienst vorgeworfen wird, begunn in Belgrad.

Die Bodenreform in Indien ist nach einer idung des Obersten Gerichtshofes in Neu Delhi gesetzlich; die Einsprüche einiger fürstlicher Großgrundbesitzer wurden zu-

Eigene Postwertzeichen gibt, als erste in-ternationale Organisation, seit 1. Oktober das Generalsekretariat der UN heraus.

Eine Tollettensteuer müssen auf Beschluß des Stadtrats von Salzburg künftig alle Hausbesitzer bezahlen. Sie beträgt für je-Klosett in Privatwohnungen jährlich 16 DM und für solche in gewerblichen Räu-

Bundesrat lehnt Aufwandsteuer ab

Erhöhung der Umsatzsteuer vorgeschlagen - Neue Eisenbahntarife gebilligt

Bonn (UP). Der Bundesrat lehnte die von Finanzminister Schäffer geforderte Aufwand-sieuer ab. Statt dessen schlug er eine Erhö-hung der Umsatzsteuer vor, die allgemein um 0,25 Prozent oder entsprechend höher in der letzten Schle (Einphasensteuer) heraufgesetzt werden sell-

Der Bundesfinanzminister begrüßte die in den Gegenvorschlägen des Bundesrats ausgedrückte Bereitschaft, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Finanzwesen mitzutragen. Er bedauerte es jedoch, daß der Bundesrat nicht der Einführung einer Aufwandsteuer zustimmte.

Der Finanzminister von Nordrhein-West-falen, Dr. Weitz, begründete die Ablehnung damit, daß schwer festzustellen sei, was man als "Aufwand" betrachten könne. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer sei einfacher und ge-rechter. Man könne zum Beispiel einen Radicapparat nicht mit Aufwandsteuer belegen.

während nach dem geltenden Recht ein Rund-funkgerät als "Gegenstand des täglichen Be-darfs" nicht gepfändet werden dürfe.
Schäffer erklärte demgegenüber, die Auf-wandsteuer sei keine deutsche Erfindung. Die Behauptung der Wirtschaft über ihre angeb-lichen Folgen seien "maßlos übertrieben". Für das jaufende Hauschaftsiche sei er cherekt. das laufende Haushaltsjahr sei es oberste gemeinsame Aufgabe der gesetzgebenden Kör-perschaften und der Bundesregierung, das Gleichgewicht zwischen Geld und Waren-Volumen aufrechtzuerhalten und den Haushalt

Der Gesetzentwurf für die Aufwandsteuer, für die als einziges Land Schleswig-Holstein

stimmte, geht nun dem Bundestag zu.
Die von der Bundesregierung vorgeschla-gene Erhöhung der Bundesbahntarife wurde vom Bundesrat gebilligt. Darnach sollen die Tarife für den Personenverkehr mit Aus-

nanme des Berutsverkehrs um durchschmittlich 15 Prozent, die Schülerfahrkarten um 50 Prozent teurer werden. Die Tarife für Stückgutsendungen sollen um 20 bis 30 Prozent heraufgesetzt werden. Die neuen Tarife sollen mit Ausnahme für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse noch im Oktober in Kraft treten. Die dadurch zu erzielenden Mehreinnahmen der Bundesbahn werden auf etwa 580 Millionen DM geschätzt. Auch für den Straßenverkehr sind entsprechende Tarifer-höhungen vorgesehen. Ein Antrag Hessens, die Erhöhung der Tarife nicht zu billigen,

Der Bundesrat genehmigte ferner das vom Bundestag bereits verabschiedete Gesetz über die Erhöhung der Entlassungsgelder für Heimkehrer von 150 auf 200 DM und der einmaligen Beihilfe von 250 auf 300 DM. Diese Vergünstigungen sollen auch die aus sowjetischen Konzentrationslagern entlassenen Personen erhalten.

Die neue Spesenverordnung der Bundesregierung, wonach zur Bewirtung von deut-schen Geschäftsfreunden bis zu 10 DM pro Person und Tag sowie für ausländische Ge-schäftsfreunde bis zu 30 DM von der Steuer abgesetzt werden können, wurde vom Bundesrut gebilligt.

Winterhilfe für Arbeitslose

Ein Sprecher der Bundesregierung teilte dem Bundesrat mit, daß eine einmalige Win-terbeihilfe für die Einlagerung von Kohlen und Kartoffeln an Empfinger von Arbeits-losenunterstützung. Arbeitslosenfürsorge und Renten, vorläufig nach den Vorjahressätzen gezahlt würden. Eine endgültige Entscheidung werde in Kürze getroffen. Die Bundesregie-rung werde Anfang kommender Woche hier-

Für ein "entschlossenes Nein"

Kritik an Adenauers Politik - Das künftige Programm der SPD

Bonn (UP). Nur ein entschlossenes Nein des ganzen deutschen Volkes könne die Alliierien veranlassen, ihre Deutschland-Politik von Grund auf zu revidieren, erklärte Dr. Schumacher in einer vom Hessischen Rund-funk übertragenen Rede.

"Wie unbegründet die Hoffnungen der Bundesregierung waren und wie unverständ-lich ihre voreilige Begrüßung der Washingtoner Beschlüsse der drei westlichen Außenminister, zeigt sich in diesen Tagen", meinte der SPD-Vorsitzende. Man habe ohne Legi-timation durch das Volk und ohne Inforran zu denken, daß diese Karte nicht stechen könnte. Die SPD habe mit "nüchternen und zwingenden Argumenten gewarnt"; die Antwort darauf habe in Beschimpfungen und

Verleumdungen" bestanden. Schumacher bezeichnete das Washingtoner Abkommen als eine Verkoppelung von Pie-ven- und Schumanplan mit Erleichterungen in den Besatzungsverhältnissen. Die ange kündigte Neuregelung würde aber letzten Endes doch alles beim alten lassen. "Die letzte und höchste Verfügungsgewalt bleibt bei den Besatzungsmächten, und es ist eine grobe Irreführung des deutschen Volkes, so zu tun, als ob die Erleichterungen derart wären, daß man von deutscher Souveränität

prechen könnte".

Der von der Bundesregierung erhoffte zweiseltige Sicherungsvertrag werde nicht zustandekommen; der in all diesem zum Ausdruck gelangende "anti-europäische Na-tionalismus in europäischer Verkleidung ist nur möglich, weil die USA allmählich jede Konzeption einer europäischen Politik auf-gegeben haben". Die USA betrieben in Europa nur noch eine pro-französische Poli-tik, deren Nutznießer, auf lange Sicht gese-

nur die Sowjetunion sei Als Fragen von entscheidender Bedeutung bezeichnete der SPD-Vorsitzende das Problem der deutschen Einheit, der westeuropläschen Integration, des militärischen Beitrages sowie die Neuordnung der steuerlichen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik. Er wies weiter darauf hin, daß "der Kampf um das Eigentum und die Verfügungsgewalt in den schweren Industrien jetzt in das entscheidende Stadium" käme. Seine Partei bereite jetzt ein Gesetz vor, durch das Kohle und Eisen gemäß Artikel des Grundgesetzes in Gemeinelgentum

überführt würden. Im Hinblick auf die gesamtdeutschen Frugen warnte Schumacher vor einer "unpoli-tischen Ablehnung der Vorschläge der sogenannten Volkskammer". Die sozialdemokratische Politik wolle in diesem Falle erst einmal erkunden, was konkret an sowjeti-schen Wünschen und Vorstellungen hinter den Gesten der Pankower Marionetten stehe.

Auch der BHE stellt Bedingungen

Die Westmächte hätten ein entschiedenes Nein des deutschen Volkes und besonders des BHE zur Leistung eines deutschen Verteidigungsbeitrages zu erwarten, wenn der Wehrbeitrag mit dem Schumanplan gekoppelt und

das Besatzungsstatut erst nach Annahme dieser beiden Forderungen aufgehoben wer-den sollte, erklärte der Bundesvorsitzende des BHE, Waldemar Kraft, auf einer Wahlver-sammlung in Bremen. Obwohl der BHE die Notwendigkeit einer Verteidigung anerkenne, werde er einem deutschen Verteidigungsbeitrag erst zustimmen, wenn die Bundearepu-blik vorher die volle Gleichberechtigung er-halten habe. Die Mitwirkung in einer Europa-Armee bei gleichzeitigem Verbot einer nationalen Streitmacht könne Deutschland nur zugemutet werden, wenn auch die anderen europäischen Staaten keine Nationalarmeen unterhalten dürften

Adenauer: Moskau in der Defensive

Bundeskanzler Dr. Adenauer erklärte in einem Interview mit dem Korrespondenten der amerikanischen Zeitschrift "New Leader" daß die Sowjetunion durch eine Einbezie-hung Westdeutschlands in die Gemeinschaft Westens diplomatisch und militärisch in die Defensive gedrängt würde. "Wenn die Deutschen durch die laufenden Verhandlungen wirklich als freies Volk in die Gemeinschaft des Westens einbezogen werden, wür den die sowjetischen Bestrebungen ein für alle Mal zunichte gemacht. Aus diesem Grunde wollen wir hoffen, daß die Verhandlungen mit Deutschland eine zweite Niederlage für die Sowjetunion bringen werden, nachdem der Abschluß des Friedensvertrages mit Japan die erste diplomatische Niederlage darstellte, seitdem der Kalte Krieg im Gange ist. Dadurch würde die Sowjetunion diplomatisch und militärisch in die Defensive gedrängt".

Dr. Adenauer vertrat ferner die Meinung, daß es keinen Krieg geben werde, da die Sowjetunion sich darüber klar sei, daß sie keinen Krieg gewinnen könne. Allerdings würde Westdeutschland zwangsläufig in den sowjetischen Machtbereich einbezogen, wenn es entmilitarisiert bleibe und neutralisiert werde. In diesem Falle ware eine Einigung

"Gestellungsbefehle" im Briefkasten

Hof (UP). Große Aufregung herrschie un-er der Hofer Jugend, nachdem sahlreiche junge Männer in ihren Briefkästen Briefe mit dem Absender "Wehrbezirkskommando Marktredwitz" vorgefunden hatten. Aus den Umschlägen zogen die Empfänger Schreiben mit dem gleichen Aufdruck hervor, die dazu aufforderten, sich am Samstag um 10 Uhr beim Wehrbezirkskommando "zwecks Waffen-ausbildung" einzufinden. Alle Briefe trugen den Hoheitsadler der ehemaligen deutschen Wehrmacht. Auf Grund dieser Vorgänge fanden sich während des ganzen Tages aufgeregte junge Leute bei der Polizei ein, um sich reklasen. Ob es sich bei den "Gestellungsbefehlen" um einen groben Unfug oder um eine poli-tische Aktion handelt, konnte die Polizei bisher noch nicht herausfinden.

Was will der Wafd?

Hintergründe der Egyptischen Politik

Marschall Lyautey, den die Franzosen ihren größten Kolonialsoldaten nennen, hat einmal gesagt, die ganze arabische Welt sei ein fein eingespielter Resonanzboden, auf dem jeglicher Ton, und sei er an noch so entfernter Stelle erklungen, sich wellenförmig fortsetzt, soweit die arabische Zunge reicht. Dieses Wort wurde in verhältnismäßig ruhiger Zeit gesprochen, doch daß es heute noch seine GGItigkeit hat, beweisen die Vorginge im Kaschmir-Konflikt, im persisch-englischen Ölstreit und in den englisch-ägyptischen Auseinandersetzungen um den künftigen Status der Suez-Kanalzone. Die politischen Seismographen der arabischen Welt registrieren schnell und exakt. und so rücken denn alle politisch bedeutsamen. Ereignisse in irgendeinem arabischen Staat über die lokalen Grenzen des Einzelfalles hinaus und erhalten symptomatischen Charakter.

Ein Schulbeispiel dieser Art bietet der ins entscheidende Stadium getretene Kampf zwischen Ägypten und Großbritannien. Die ganze Welt des Islam verfolgt die einzelnen Phasen dieser Auseinandersetzung mit wacher Aufmerksamkeit, und wahrscheinlich weiß man in Täbris und Bagdad über die nächsten Schritte von ägyptischer Seite viel eher Bescheid als in London, das ein ganzes Heer von geheimen Beobachtern in Ägypten unterhält. Der geheime Draht, der alle arabischen Stanten verbindet, avisiert das Vorgeben des Wafd. jener politischen Bewegung, die in Ägypten das entscheidende Wort in allen politischen

Lebensfragen spricht. Der Wafd ist mehr als eine Partei im europäischen Sinne. 1918/19 von Zaghlul Pascha als "Unabhängigkeitspartei" gegründet, trug der Wafd von Anfang an starke religiöse Akzente. Ursprünglich war der Wafd lediglich eine Interessenvereinigung des ägyptischen Großbürgertums mit liberal-nationalistischen Tendenzen, Unter Nahas Pascha jedoch, der stärksten Persönlichkeit, die der Wafd bervorgebracht hat erfolgte die Einbettung des nationalen Unabhängigkeitsstrebens in das religiöse Grundgefühl der Motlems. Dabel ist Nahas Pascha in vielen Dingen ein Anhlinger des westlichen Liberalismus; als Ministerpräsident seines Landes suchte er die Linie eines vernünftigen Ausgleiches mit England, weshalb er mitunter in den eigenen Reihen als ein Verräter an der ägyptischen Sache galt. Oberflächlich betracktet, würde der von Nahas Pascha 1936 mit England geschlossene Bündnisvertrag ganz in diese Linie passen, wüßte man nicht, daß jener Bündnisvertrag praktisch ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur völligen Souveränität Ägyptens war. Der schlaue Fuchs Nahas Pascha wußte, daß zur Zeit der Vertragsschließung für sein Land nicht mehr herauszuholen war, und er begnügte sich mit Konzessionen, die er den Engländern. Punkt für Punkt, einzeln abringen mußte. Heute trägt diese taktische Ausnützung

der Situation ihre Früchte. Nahas Pascha war es auch, der mit Erfolg hinhaltenden Widerstand übte, als die radikalen Studentengruppen in die Organisation des Wafd hineindrängten und aus ihm ein Instrument des extremistischen Widerstands gegen die verhaßten Briten machen wollten. Der westlich geschulte Ministerpräsident verglich die Zahl der britischen Bajonette mit den eigenen Machtmitteln und erkannte wie aussichtslos der von den nationalistischen Gruppen gepredigte "Heilige Krieg" gegen die Briten sei. Er verhinderte, die zwiefsche eigene Autorität als Parteiführer und Ministerpräsident geschickt gebrauchend, daß zur Zeit seiner Amtstätigkeit der Wafd Untergrund ging. Die bekanntgewordenen Versuche. den Wafd in Geheimbünde aufzusplittern, sind jüngeren Datums.

Insgesamt zeichnete sich der Wafd vor allen anderen Unabhängigkeitsbewegungen dadurch aus, daß in seiner Zentrale die Realpolitiker immer das Übergewicht über die jugendlichen Heißsporne behielten. Dies zeigte sich besonders deutlich, als Rommel vor den Toren Agyptens stand und die Extremisten eine sofortige bewaffnete Aktion gegen die "britischen Unterdrücker" forderten. Der Zeitpunkt, loszuschlagen, schien in der Tat ungewöhnlich günstig, zumal sich die Engländer nach dem Verlust von Marsa Matruk in einer äußerst bedrohlichen militärischen Stellung befanden. Als aber die deutsche Spitze infolge Nachschubschwierigkeiten "ante portas" verharrte und Montgomery schließlich bei El Alamein die große Wende auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz einleitete, erwies es sich, daß die Wafdisten, die zum Abwarten geraten hatten, ihre nachträgliche Rechtfertigung audem Gang der Ereignisse bezogen.

Es hat den Anschein, als würde man auch im jetzigen Stadium auf dieser bewährten Linie des Abwartens und des entschlossenen

Zupackens im günstigsten Augenblick verharren. Der Wafd hat einen langen Atem, wie London erfahren hat. Im Nilland geben zwar die Revolver nicht so schnell los wie in Persien, aber in der Sache selbst, darüber kann kein Zweifel bestehen, ist man in Kairo genau so unnachglebig wie in Teheran. K. G.

Frießner lehnt Kritik Kollers ab

Prien am Chiemsee (UP). Der kommissarische Vorsitzende des Verbandes deutscher Soldaten, Friedner, lehnte in einem UP-Interview ein Zusammentreffen mit dem Vorsitzenden der Notgemeinschaft ehemaliger Wehrmachtsangehöriger, Hans Koller, ab. Der Verbänd deutscher Soldaten hatte ein Treffen Friedners mit Koller für Freitag in München angekündigt, nachdem sich Koller, der die größte Vereinigung ehemaliger Soldaten in Bayem leitet, in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung für einen sofortigen Rücktritt Frießners ausgesprochen hatte. Frießner sagte, nach den Außerungen Kollers habe er kein Interesse mehr, mit diesem zusammenzutreffen. Die Kritik Kollers sei unbegründet, in seiner Meinung nach ein Teil der ausländischen Presse seine Außerungen auf der Godesberger Pressekonferenz entstellt wiederzegeben habe. "Die Masse meiner Soldaten ist mit meinen Ausführungen einverstanden", agte Frießner. Die Rücktrittsforderung habe ir bis heute nicht erhalten.

"Patrouillen" in Frankfurt

Frankfurt (UP). Panzer- und motorisierte Infanterie-Patrouillen der amerikanischen Manöverstreitkräfte "Combine" drangen über die Autobahn von Bad Nauheim her in Frankfurt ein, zogen sich jedoch nach einem Vorstoß auf den Hauptbahnhof wieder aus der Stadt zurück. Die amerikanische 1. und 4. Division, die den Hauptstoß der "Invasion" auszuhalten hatte, haben den Angriff auß dem Osten vorläufig zum Stehen gebracht und sich auf einer Linie östlich des Rheins und Frankfurt eingegraben. Die 2. motorisierte amerikanische Division liegt noch in Reserve. Die 1. und 4. Division sollen in den nächsten Tagen zu einem Gegenstoß antreten. Sie werden dabei vom 1. französischen Armeekorps unterstützt werden.

Zwischenfall um Schacht

Jakarta (UP). Hugh I. Keenleyside, der Leiter des technischen Hilfsprogrammes der UN, weigerte sich bei einem ihm zu Ehren gegebenen Empfang, dem gegenwärtig als Gast der indonesischen Regierung in Jakarta weilenden ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht die Hand zu geben. Der indonesische Finanzminister bezeichnete das Verhalten Keenleysides als Beleidigung der indonesischen Regierung.

Nachspiel zum Zwischenfall um Schacht

Jakarta (UP). Der Leiter der hiesigen Dienstatelle der UN-Verwaltung für technische Unterstützung. Sir Misra Ismail, will auf Grund des Vorfalls zwischen Dr. Hjalmar Schacht und dem Direktor der UN-Organisation, Hugh Keensleyside, seinen Posten aufgeben und Anfang kommenden Monats nach Indien zurückkehren. Sir Misra erklärte, Keensleyside habe im voraus gewußt, daß Schacht bei dem Empfang in Jakarta anwesend sein werde. Bezüglich der Bemerkung, die Keensleyside gegenüber Schacht gemacht haben soll, stellte der Inder fest, daß der Direktor der UN-Organisation nur in seinem Namen und nicht für die UN gesprochen haben

Ein Frachter brach auseinander

New York (UP). Der amerikanische Frachter "Southern Isle" brach vor der Ostküste der USA auseinander und sank innerhalb von fünf Minuten. Das 3325 Tonnen große Schiff hatte eine Besatzung von 24 Mann, von denen bisher nur 6 gerettet werden konnten. Zwei Frachter sowie Flugzeuge und Schiffe der amerikanischen Küstenwache suchen nach weiteren Überlebenden.

Bei der Rettung gesunken

Kopenhagen (UP). Etwa zehn Meilen nördlich des Hafens von Kopenhagen lief der norwegische Passagierdampfer "Osloford" auf Grund. Dus Schiff, das sich mit 200 Passagieren auf der Fahrt von Oslo nach New York befindet, konnte nach mehrstündigen Anstrengungen von vier Schleppern wieder freigemacht werden und seine Fahrt fortsetzen. Bei den Bergungsarbeiten kenterte der dänische Schlepper "Odin" und sank. Die vier Besatzunssmitglieder konnten gerettet werden.

Nuschkes 14 Fragen an Adenauer

Heute wird Grotewohl antworten - Bonner Note an Hochkommission

Berlin (UP). Der stellvertretende Ministerpräsident der Ostzone, Otto Nuschke, hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Ost-CDU den in Berlin weilenden Bundeskangler Adenauer in einem offenen Brief mit 14 Punkten die Frage gestellt, ob er wirklich für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands sei. Nuschke versicherte gleichzeitig, daß die Ost-Regierung zur gemeinsamen Diskussion über die 14 Punkte Adenauers bereit sei.

Nuschke wirft dem Bundeskanzler au. a. vor, mit seinen Vorschlägen für die Einsetzung internationaler Kommissionen und seiner angeregten Intervention bei den Besatzungsmächten zu versuchen, die Entscheidung hinauszuzögern, Adenauer müsse bei seinen gegenwärtigen Besprechungen mit den drei Hochkommissaren der Westmächte unverzüglich eine gleiche zustimmende Erklärung herbeiführen, wie sie der sowjetische Oberkommandierende in Deutschland, General Tschuikow, in einer "unmißverständlichen Erklärung" bereits gegeben habe.

Erklärung" bereits gegeben habe.

Schließlich legte Nuschke dem Kanzler die Frage vor, ob er glaube, daß das Europa des Straßburger Europa-Rates ein geeintes Europa sei; Das Europa des Straßburger Gremiums höre nach Nuschkes Eindruck an der Werra auf und schließe die Deutschen jenseits dieses Flusses und darüber hinaus die unzweifelhaft europäischen Länder im Osten aus. Abschließend fragte Nuschke den Kanzler. Warum erklären Sie, Herr Bundeskanzler, angesehene Männer, die für die Neutrali-

sierung Deutschlands eintreten, zur Dummköpfe oder Verräter?" Nuschke schließt: "Antworten Sie, Herr Bundeskanzler, das ganze deutsche Volk wird Ihnen für rückhaltlose Offenheit dankbar sein".

Der Bundeskanzler, der zur Zeit in Berlin weilt, ließ durch einen Sprecher seiner Begleitung mitteilen, daß er eine Antwort auf die 14 Fragen Nuschkes "zu diesem Zeitbunkt" ablehne. Der Sprecher sagte, der Kanzler wolle in hochpolitischen Angelegenheiten nicht ohne Fühlungnahme mit dem

Kabinett reagieren.

Die Regierung der Ostzone wird, wie bereits gemeldet, am Samstag abend offiziell zu den 14 Punkten des Bundestages und der Bundesregierung für gesamtdeutsche Wahlen Stellung nehmen. In einem Staatsakt in der Berliner Staatsoper aus Anlaß des zweiten Jahrestages der Gründung der "Deutschen Demokratischen Republik" will Minister-präsident Grotewohl um 18 Uhr nach zuverlässigen Informationen die von Bonn genannten Voraussetzungen als Diskussionsgrundlage akzeptieren und die Behandlung der 14 Punkte in einer "gesamtdeutschen Beratung" vorschlagen. Als Auftakt dazu wird in der Volkskammer erwartet, daß Grotewohl das Parlament der Ostzone zur Benennung von fünf Vertretern für Besprechungen mit westdeutschen Delegierten auffordern wird.' Bei der Entgegennahme Regierungserklärung werden u. a. auch Ver-treter des Ministerrates der Regierung der Sowjetunion und Delegierte aus den "Volksdemokratien" sowie none Funktionare der sowjetischen Kontrollkommission anwesend sein.

Bundeskanzler Adenauer hat der Hochkommission die Vorschläge der Bundesregierung und des Bundestages für die Abhaltung von gesamtdeutschen Wahlen zugesandt und die Alliierten um eine Weiterleitung der Bonner Wahlordnung an die UN und die sowjetische Kontrollkommission gebeten. Dr. Adenauer wiederholte in seinem Schreiben die Vorschläge der Regierung und des Bundestages für freie, geheime, allgemeine und direkte Wahlen in ganz Deutschland unter internationaler Kontrolle

Von zuverlässiger allijerter Seite in Frankfurt verlautete hierzu, daß die politischen Berater der Hochkommissare die Weiterleitung
der Note vorbereiten. Dies wird voraussichtlich in Form einer Erklärung geschehen, in
der die westlichen Besatzungsmächte die Vorschläge der Bundesregierung und des Bundestages unter Hinweis auf ihre eigenen, wiederholten und bisher unbeantwortet gebliebenen Angebote unterstützen werden. In der
Deklaration soll unter Hinweis auf das Kommuniqué der letzten Washingtoner Außenministerkonferenz die Bereitschaft der Besatzungsmächte unterstrichen werden, auf der
Basis der neuen deutschen und der eigenen
allijerten Vorschläge mit den Sowjets zu verhandeln.

15 Jahre Gefängnis für Rädelsführer
Buenos Aires (UP), General Menendez,
der beschuldigt wurde, Führer der am vergangenen Freitag niedergeschlagenen Revolte
gegen das Peron-Regime gewesen zu sein,
wurde zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Der
Vertreter der Anklage hatte die Todesstrafe
beantragt Acht weitere Offiziere erhielten
Freiheitsstrafen zwischen 2 und 15 Jahren.



Der größte Kuchen Europas ein Gugelhupf von fünf Metern Durchmesser, st auf der "Hohenzollerischen Landwirtchoftsausstellung" in Sigmaringen zu sehen

Triest ein internationales Problem

De Gasperi berichtet der Deputiertenkammer - Kommunistische Demonstration abgesagt

Rom (UP). Ministerpräsident de Gasperi sagte vor der italienischen Deputiertenkammer. Triest sei ein unveräußerliches Element im Leben Italiens. Das Triest-Problem könne jedoch nur unter Berücksichtigung der gemeinsamen Verteidigungsinteressen Italiens und Jugoslawiens gelöst werden.

De Gasperi versicherte, daß die italienische Regierung die Entwicklung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu Jugoslawien wünsche. Triests Zukunft könne nicht von Italien und Jugoslawien allein entschieden werden, da es sich um ein "internationales Problem" handle. De Gasperi berichtete der Deputiertenkammer über die Ergebnisse seiner Besprechungen in

Washington und Ottawa.

Uber die geplante Revision des italienischen Friedensvertrages sagte de Gasperi, die Zeit sei vorbei, wo man von Siegern und Besiegten sprechen konnte. Die Abschaffung des "Diktaifriedens" werde die nationale Unabhängigkeit Italiens wiederherstellen. Er bestritt, daß offizielle amerikanische Stellen ihn ermuntert hätten, schärfer gegen die italienischen Kommunisten vorzugehen. Davon sei überhaupt nicht gesprochen worden. Der Ministerpräsident berichtete abschließend, daß sich die Weitbank bereit erklärt habe, Italien im Laufe der nächsten zehn Jahre Anleihen von insgesamt 100 Millionen Dollar zu gewähren, mit denen in Italien neue Arbeitsplätze geschaffen werden seilen.

Außerordentliche Schutzmaßnahmen der Polizei außerhalb des Parlamentsgebäudes erwiesen sich als überflüssig, da die Kommunisten ihren angekündigten "Friedenszug" vor das Parlament und die ausländischen Botschaften in Rom absagten.

Fliegt Mossadeg nicht nach New York? Flugzeug-Buchung zurückgezogen — Anglo-Iranian bemüht sich um Deutschland

Teheran (UP). Der iranische Ministerpräsident Mossadeg, der am Sonntag Teheran verlassen wollte, um zur Verhandlung des Sicherheitsrates nach New York zu fliegen, hat überraschend seine Buchung für ein Charterflugzeug der "SAS", das die iranische Delegation nach New York bringen sollte, zurückziehen lassen. Der Grund für die Zurückziehung der Buchung wurde nicht

Inzwischen bemüht sich die Anglo-Iranian-Oil-Company um die Erweiterung ihrer Intereisen in der Bundesrepublik, als teilweisen Ersatz der in Iran verloren gegangenen Anlagen, Nach Aussagen von britischen Regierungsbeamten hat die Anglo-Iranian ihre Anlagen in Westdeutschland bereits durch den soll von 120 000 Tonnen auf 200 000 Tonnen im kommenden Jahre erhöht werden. Außerdem habe die AIOC kürzlich in Peine bei Hannover ein Werk für die Herstellung von Schmierölen gekauft.

In England nehmen die Konservativen die Entwicklung des Olkonfliktes zum Anlaß, die Labour-Regierung anzugreifen. So warf An-

Erwerb der "Olwerke Junus Schindler" in

Neuhof bei Hamburg erweitert. Die Jahres-

kapazität dieser neu erworbenen Raffinerie

In England nehmen die Konservativen die Entwicklung des Olkonfliktes zum Anlaß, die Labour-Regierung anzugreifen. So warf Anthony Eden der Regierung vor, sich im Olkonflikt eines unverbesserlichen Optimismus bedient und eine Politik verfolgt zu haben, die im Abwarten ihr Heil zu erblicken glaubte. Der Abzug des britischen Personals sei ein diplomatisches Debakel, das nicht nur Großbritannien, sondern auch dem Rest der freien Weit noch einen hohen Preis kosten werde Die Grundlage der britischen Politik in weiten Gebieten Asiens sei jetzt in Gefahr. Demgegenüber erklärten die Vertreter der Reglerungspartei wieder, daß ale mit ihren geduldigen Verhandlungen den Weg des Friedens verfolgt hätten.

57 Milliarden für US-Verteidigung

Große Hoffnungen auf "Atom-Fenerkraft" - Chinapolitik unverändert

Washington (UP). Das amerikanische Reprüsentantenhaus verabschiedete das Verteidigungsbudget für das Finanzjahr 1951/52 in Höhe von 56,937 Milliarden Dollar. Es handelt sich um das größte Milliärbudget in Friedenszeiten. Die Vorlage geht nun vor ihrer Übersendung an das Weiße Haus zur endgültigen Billigung an den Senat.

In der vorausgegangenen Debatte hatten mehrere Sprecher hervorgehoben, daß es keinen leichten Weg zum Sieg gebe und die Berichte über phantastische neue Waffen vielfach zu phantastisch seien. Der Vorsitzende des Unterausschusses für die Bewilligung von Geldern, Abgeordneter George Mahon, kündigte ferner an, daß die amerikanischen Luftstreitkräfte schrittweise von 35 Gerchwadern auf 140 Geschwader verstärkt werden. Das Repräsentantenhaus billigte ferner einstimmig den Vorschlag der Seestreitkräfte, die Konstruktion von mit Atomkraft betriebenen Unterseebooten zu beschleunigen.

Gordon Dean, Vorsitzender der US-Atomenergie, warnte die Sowjetunion mit der Feststellung, daß die USA bereits jetzt über eine genügend große "Atom-Feuerkraft" verfügten, um auf anderen militärischen Gebieten vorhandene Vorteile der sowjetischen Streitkräfte auszugleichen.

Außenminister Acheson erklärte in einem Schreiben an Senator Smith, die USA würden sich weiterhin gegen die Anerkennung Rotchinas, seine Aufnahme in die UN und gegen die Überantwortung Formosas an die chinesischen Kommunisten wenden.

Neu-Verteilung der Verteidigungslasten Treffen der Atlantikpakt-Staaten

Paris (UP). Delegierte der 12 Atlantikrekt-Staaten werden in der kommenden Woche in Paris zusammentreffen, um sich um eine neue Formel der gleichmüßigen Verteilung der sich aus dem Verteidigungsprogramm des Westens ergebenden Lasten zu

Mehrere westeuropäische Länder habeh bekanntlich zum Ausdruck gebracht, daß die Verteidigungslasten eine fühlbare Erschütterung der Wirtschaftsordnung verursachten und daß deshalb eine Neu-Verteilung der Lasten angestrebt werden solle. So hat es nun den Anschein, daß die Frage nach der Finanzierung des Verteidigungsprogrammes gegenwärtig stärker im Vordergrund steht als die Beschleunigung der Aufstellung einer integrierten Verteidigungsmacht des Westens.

Der Ausschuß der zwölf Mächte, der in London den Namen "Die zwölf Apostel" erhalten hat, wird am 9. Oktober seine Arbeit aufnehmen. Die Mitglieder des Ausschusses wurden noch nicht nominiert. Es wird jedoch erwartet, daß die USA durch Harriman, Frankreich durch Monnet und Großbritannien durch Schalzkanzier Galtskell vertreten werden.

Israel wünscht Nichtangriffs-Pakt

Paris (UP). Die israelische Delegation bei den Pariser Verhandlungen über einen Palästina-Frieden teilte der Palästina-Kommission der UN mit, daß nur durch Unterzeichnung eines Nicht-Angriffs-Paktes zwischen Israel und den arabischen Ländern eine Beruhigung der Lage in Palästina erreicht werden könne Diplomatische Beobachter halten eine Annäherung der Standpunkte für außerordentlich schwierig, da die Araber kein Dokument unterzeichnen wollen, das als diplomatische Anerkennung des Staates Israel durch die arabischen Länder interpretiert werden könnte

Der "Rote" Fluß hart umkämpft Die Kämpfe im indochinesischen Dschungel — de Latire in London

Saigon (UP). Im dschungelbedeckten Bergland von Nghailo, zwischen dem "Roten" und dem "Schwarzen" Fluß im Norden Indochinas und etwa 150 Kilometer nordwestlich von Hanol, setrten die aufständischen Vietminh ihre Angriffe auf die Stellungen der französischen und vietnamenischen Truppen fort, obwohl französische Bomber und Jagdfugzeuge die Truppenansammlungen und Nachschubwege des Gegners fast pausenlos angriffen. Die Bevölkerung von Nghailo wurde nach Hanol avakulert, Inzwischen werden französische und vietnamesische Verstärkungen an die Front geworfen, die die Aufständischen umgehen und an der Flanke fassen sollen. Man nimmt an, daß die Aufständischen sich durch ihre Offensive bei Nghailo in den Besitz der wertvollen Reisernte des Thai-Gebietes setzen wollen.

Der französische Hochkommissar für Indo-

Der französische Hochkommissar für Indochina, General de Lattre de Tassigny, hatte in England Unterredungen mit führenden britischen Politikern, u. a. mit Außenminister Morrison und mit Verteidigungsminister

Shinwell.

An der "Verhandlungsfront" nichts Neues

Seoul (UP). Die UN-Streitkräfte haben am dritten Tag ihrer Herbstoffensive die sogenannte Winterlinie der Kommunisten durchbrochen. Unter dem Druck des Angreifers mußten die Kommunisten ihre stark befestigten Bergstellungen bei Yonchon aufgeben und haben sich nach Norden zurückgezogen. An der mittleren Ostfront haben die Kommunisten ihre Stellungen bisher behauptet. Schwere Bomber setzten ihre Angriffe gegen den kommunistischen Nachschub fort. An der "Verhandlungsfront" waren keine neuen Ereig-



Amerikanische Penser sollen den "durchgebrochenen Feind" aufhalten 150 000 amerikanische Soldaten nehmen an den großen Manövern am Main teil

Umschau in Karlsrune

Krankenhäuser in Not

Karlsruhe (lwb). Die Nordbadische Krankenhausgesellschaft hat den württem-berg-badischen Landtag in einer Entschlie-Bung erneut darauf hingewiesen, daß die Krankenhäuser nur dann ordnungsgemäß weitergeführt werden können, wenn die Verpflegungssätze ausreichend erhöht werden. Sollten die Pflegekosten nicht bald an die Selbstkosten angeglichen oder durch Landesauschüsse gestützt werden, müsse in Nord-baden mit der Schließung von Krankenhäusern gerechnet werden.

Immer wieder Kameradenschinder

Karlsruhe (swk). Der Untersuchungsrichter beim Landgericht Karlsruhe bittet Kriegsgefangene, die im Herbet und Winter 1945 in dem Lager Nr. 63 Schatura im Raume Moskau gefangen gehalten wurden und Zeugen von Millhandlungen durch deutsches Lagerpersonal waren, um Mitteilung ihrer An-schrift. Zuschriften erbittet der Karlsruher Untersuchungsrichter unter dem Aktenzeichen VU 8/51, Landgericht.

5 Jahre Zuchthaus für mehrfachen Betrüger Karlsruhe (lwb/lds). Die Karlsruher

Strafkammer verurteilte einen Kaminfeger-meister aus Villingen wegen fortgesetzten Rückfallbetruges, Amtsanmaßung und Ur-kundenfälschung zu 5 Jahren Zuchthaus und 300 DM Geldstrafe. Der mehrmals vorbestrafte Angeklagte hatte in der Zeit von Juli 1950 bis Februar 1951 80 Betrügereien in Württemberg-Baden begangen, durch die er sich über 2000 DM erschwindelte. Er gab sich unter anderem als Beamter des Amtes für Soforthilfe, des Finanzamtes und als Bezirksbaumeister

Die Tagung des CDU-Parteitags

Karlsruhe (lwb). Nach dem nunmehr berausgegebenen Organisationsplan für den Parteitag der CDU Deutschlands, der vom 19, bis 21, Oktober in Karlsruhe stattfindet, werden folgende Ausschüsse tagen: Vertrie-benenausschuß, Frauen-, sozialpolitischer, kommunalpolitischer, Kultur-, Wirtschafts-, Kriegsopfer-, Beamten- und Landwirtschafts ausschuft. Ferner treffen sich die ehemaligen Berufssoldaten, die der CDU angehören, die Exil-CDU und die Junge Union.

Karlsruhe, Für das Studienjahr 1951/52 wurde Professor Dr. phil. Backhaus zum Rek-ter der Technischen Hochschule Karlsruhe gewählt. Prorektor wurde Professor Dr.-Ing. Ernst Terres.

Karlsruhe. Der Präsident des Landesbezirks Nordbaden hat die Gesundheitsämter ersucht, künftig auch die Saunaanlagen wie die Badeanstalten und Freibäder zu überwa-

Karlaruhe. Mit dem Richtfest der Werfthalle am Karlsroher Rheinhafen wurden am Freitag die Aufbauarbeiten des Rheinhafens

Mus der badischen Heimat

Professor Schüle bleibt in Mannheim

Mannheim (lwb). Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Mannheim, Professor Dr. Adolf Schüle, hat einen Ruf der Universität Münster abgelehnt. Professor Schüle, der DVP-Stadtrat in Mannim ist und sich im Mannheimer Wirtschaftsleben einen bervorragenden Ruf erworben hat, lehrt als außerordentlicher Professor an der Universität Heidelberg Staats-, Verwaltungs-, Steuer- und Völkerrecht.

Raubüberfall nach sechs Monaten aufgeklärs

Mannheim (lwb). Ein versuchter Raubüberfall, der im April dieses Jahres in der Innenstadt von einem unbekannten Täter auf eine Frau unternommen wurde, konnte jetzt von der Mannheimer Polizei aufgeklärt werden. Als Täter wurde ein Hilfsarbeiter festgenommen. Der Mann hatte damals die Frau überfallen und versucht, ihr die Handtasche zu entreißen. Die Angegriffene hatte sich jedoch heftig zur Wehr gesetzt und den Täter durch Fußtritte verletzt. Nach den ersten Vernehmungen wurde festgestellt, daß der Täter bereits sechs Mal vorbestraft ist.

Die Polizei kam zu spät

Heldelberg (lwb). Einige Personen ver-teilten im Heidelberger Rathaus kommuni-stische Propagandazettel. Sie verteilten die Zettel auf den Fluren und Gängen sowie in einigen Räumen des Rathauses. Die in gelber Farbe gehaltenen Propagandazettel waren mit typischen kommunistischen Schlagworten edruckt wie "Ohne una", "Tod dem Kapitalismus — mehr Arbeit, weniger Kriegsvorbe-reitungen". Die kommunistische Aktion kam so überraschend, daß die Täter verschwinden konnten, bevor die Pelizel zur Stelle war,

Ein unmenschlicher Vater

Weinheim (lwb). Der Vater einer vierköpfigen Weinheimer Familie hat seine 16jährige Tochter so mißhandelt, daß sie mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Das Mädchen hatte dem Vater Vorhaltungen gemacht, weil er seine Familie im Stich gelassen und sich mit einer fremden Frau eingelassen hatte. Daraufhin warf der angetrunkene Vater die 16jährige zu Boden und trat nach ihr. Den Kopf schlug er ihr mit solcher Wucht an die Wand, daß sich die Tochter eine Gehirnerschütterung zuzog.

Obstbau-Versuchsanlage für Nordbaden

Tauberbischofsheim (lwb). In Königshofen im Kreis Tauberbischofsheim soll in nächster Zeit eine sogenannte Stammbildner-Versuchsobstpflanzungsanlage für Nordbaden eingerichtet werden. Die Anlage, die rund 260 Obstbäume umfassen wird, soll der Erforschung der Frostwiderstandsfähigkeit verschiedener Obstsorten dienen.

OTV-Verbandsschule eröffnet

Mosbach (lwb). Die neue Verbands-schule der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst,

Transport und Verkehr, die in der nordba-dischen Kreisstadt Mosbach errichtet worden ist, wurde ihrer Bestimmung übergeben, Dem Festakt wohnte als Ehrengast auch die Witwe des verunglückten Gewerkschaftsführers Michael Rott bei, dessen Namen die Schule auch tragen wird. In mehrwöchigen Lehrgängen hier jeweils 70 jungen Gewerkschaftlern das Rüstzeug für ihre Arbeit in der Gewerkschaft vermittelt werden. Der Vorsit-zende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Kummernuß (Stuttgart), bezeichnete in seinen Eröffnungsworten die Verbandsschule als ein Bekenntnis der Gewerkschaft zur Jugend, die den Geist ihres Namensträgers in sich aufnehmen und hinaustragen solle.

Bundesarbeitsminister Anton Storch überbrachte die Glückwünsche der Bundesregierung und begrüßte die Errichtung der modernen Gewerkschaftsschule.

Aus dem Schnellzug gestürzt

Bretten (swk). Ein Bahnarbeiter stürzte aus dem Schnellzug Heidelberg-Stuttgart, ohne daß es zunächst bemerkt wurde. Erst in Bretten fiel die offen stehende Tür und eine Aktentasche im Abteil auf. Der Lok-Führer eines in Richtung Heidelberg fahrenden Zuges wurde verständigt, entdeckte den Vermißten zwischen den Gleisen liegend und konnte kurz vor der Unfallstelle die Maschine zum Halten bringen. Der Bewußtlose wurde ins Krankenhaus gebracht.

Zigaretten- und Kaffee-Schmuggel tonnenweise

Und der Leiter des Zollfahndungsdienstes wußte davon

Freiburg (lid). Bruchteile der Tätigkeit einer überseeischen Schmuggelorganisation mit einer europäischen Zentrale in Brüssel werden in einem Prozeß zur Sprache kommen der gegen den Leiter des Zollfahndungsdienstes, Karl Klingenschmidt, durchgeführt wird 95 Zeugen und sieben Sachverständige werden in dem Verfahren, das nach 13monatigen Er-mittlungen vor dem Abschluß steht, geladen werden. Klingenschmidt steht unter der Anklage der Untreue, der Amtsunterschlagung und der Urkundenfälschung. Zwei mitange-klagten Schweizern, Bürgin und Koneth, wird Schmuggel, dem Frankfurter Geschäftsmann Gustav Brönne Einfuhrvergehen vorgeworfen während ein fünfter Angeklagter, Walt Dünnhaupt, des Betruges beschuldigt wird.

In fünf Monaten 642 000 DM Gewinn

Der Anklageschrift zufolge wurden in der Zeit vom November 1948 bis zum März 1949 24,5 Tonnen amerikanischer Zigaretten und 52 Tonnen Rohkaffee über die deutsch-schweizerische Grenze geschmuggelt. Davon konnte 8,5 Tonnen Zigaretten und 21 Tonnen Rohkaffee rechtzeitig beschlagnahmt werden, wäh-rend die übrigen Mengen unbehelligt auf den Schwarzen Markt nach Frankfurt und München gingen. Der Gewinn der Schmuggleror-ganisation an diesen Schlebungen wird auf 642 000 DM geschätzt.

Im Zusammenhang mit der Anklage gegen Gustav Brönne, der die Filiale einer Frank-furter Firma in Weil am Rhein geleitet hat, führt die Anklageschrift für den Zeitraum vom Dezember 1946 bis Juni 1949 200 Sendun-gen an, die zwar mit hinterlegtem Zollsicherheitsbetrag, aber ohne Einfuhrlizenzen aus der Schweiz nach Deutschland gebracht wurden. Von den Waren im Gesamtwert von 4,2 Millionen DM konnten nur Teilmengen im Wert von 331 000 DM beschlagnahmt werden.

Die Schweiz als Hauptabnehmer

Freiburg (ids). Der Außenhandel des Landes Baden belief sich im August auf 25,2 Millionen DM. Er hat sich damit auf der in den beiden Vormonaten erreichten Höhe ge-halten, obwohl sich die Exportschwierigkeiten infolge der Preissteigerungen, Rohstoffmangels lingerer Lieferfristen vermehrt haben. Der Hauptanteil der Ausfuhr entflet im August auf die gewerbliche Wirtschaft mit 24,4 Mill., davon waren 19,7 Mill. Fertigwaren, 2,7 Mill. Halbwaren und 2 Mill. Rohstoffe. Innerhalb Europas wurden Waren für 18,8 Mill. DM abgesetzt. Erstes Abnehmerland war Schweiz mit 5,1 Millionen. Es folgen Frankreich, Holland, England, Schweden und

Freiburg. Im Baugewerbe Südbadens wurden im August 5 Prozent mehr Arbeits-stunden geleistet als im Vormonat. Die Bautätigkeit hat damit ihren bisher höchsten

Neue Industrie in Todtnau

Todinau (ids). Die Westfällische Metall-warenfabrik GmbH. in Lippstadt hat in den Betriebsräumen der Firma Kromer in Todtnau einen Zweigbetrieb eröffnet, in dem Schaltungen und Beleuchtungen für Kraftfahrzeuge hergestellt werden. Sobald die Produktion voll angelaufen ist, will der Betrieb 250 Arbeiter



W 01168

Mus den Nachbarländern

KZ-Kape Roll schwer belastet

Die Aussagen der französischen Zeugen Reutlingen (lwb/lds). Im Prozes gegen den ehemaligen KZ-Kapo Karl Roll Karlsruhe vor dem französischen Militär-gericht in Reutlingen wurde der Angeklagte von verschiedenen ehemaligen französischen Deportierten übereinstimmend schwer belastet. Die Zeugen betonten, daß Roll viel und gerne schlug, auch dann noch, wenn die Häft-linge schon bewußtlos am Boden lagen. Seine homosexuelle Veranlagung sei Tagesgespräch gewesen. Ein Augenzeuge für die Roll vorgeworfene Ermordung von zwei Häftlingen fand sich bis jetzt nicht ein. Der Zeuge will gesehen haben, wie der Angeklagte auf dem Elendsmarsch der Häftlinge nach Mauthausen einen Jugoslawen, der sich kurz vor dem Ziel nicht mehr auf den Beinen halten

Das Militärgericht hat den Prozeß bis zum 26. Oktober vertagt. Die Vertagung erfolgte, weil mehrere Zeugen nicht erschlenen waren. - Der Staatsanwalt vertrat in seiner nur we nige Minuten dauernden Anklagerede die Auffassung daß sämtliche Kapos in den Konzen-trationslagern Mörder und Diebe gewesen seien. Er beantragte für Roll die in solchen Pällen übliche Strafe.

Während der erste Verteidiger des Angeklagten die Ansicht vertrat, daß von den dem Angeklagten vorgeworfenen Fällen von Tot-schlag nur drei übrig geblieben seien und daß diese nicht feststünden, ging der zweite Ver-teidiger mehr auf die menschlichen Seiten des Falles ein und plädierte für seinen Mandanten auf Freispruch.

Helmers zweiselhafte politische Rolle Beweisaufnahme im KZ-Prozeß abgeschlossen

Rottweil (lwb/lds), Im KZ-Prozeil Dormettingen wurde die Beweisaufnahme abgeschlossen. Das Gericht vernahm vor allem Zeugen, deren Aussagen klären sollten, wie es um die von dem Angeklagten Franz Hel-

mer - Sandmann beteuerte antifaschistische Haltung stand. Ein ehemaliger Ortsgruppenleiter berichtete als Zeuge, Helmer-Sandmann habe sich einmal damit gebrüstet, daß er mit Goebbels und anderen Prominenten des Drit-ten Reiches auf "du" stehe Zwei Zeuginnen sagten aus, daß der Angeklagte im Herbst 1944 eine Mitgliederversammlung der NSDAP besucht und auch ab und zu das Partelabzei-chen getragen habe. Andere Zeugen räumten jedoch dem Angeklagten ein, daß er auf die Partel nicht gerade gut zu angeschen geweisen Partei nicht gerade gut zu sprechen gewesen sei. Man habe Helmer-Sandmann politische Witze erzählen können, meinte ein Polizei-meister. Der Angeklagte will weder eine Versammlung besucht, noch das Partelabzeichen getragen haben. Er sagte, die Zeugen hätten irrtümlich ein Lapplandabzeichen, das er ge-tragen habe, als ein Parteiabzeichen ange-

Zu den Lebensmittelrequisitionen durch den Angeklagten bekundeten mehrere Zeugen übereinstimmend, daß es Helmer-Sandmann an Hinweisen auf eine mögliche Festnahme schen nicht gleich entsprochen worden sei. Der Angeklagte bestritt diese Requisitionen nicht und gab auch zu, daß er dabei manchmal "rauh" verfahren sei

Auch die letzten Zeugen konnten die Rolle des Angeklagten, dem die Staatsanwaltschaft grausame Tötungen aus niedrigsten Motiven drei Fällen und "Mißhandlungen mit Todesfolge" in elf weiteren Fällen vorwirft, nicht eindeutig klären. Die meisten der Über-lebenden des illegalen KZ, können sich mit Bestimmtheit nur noch an die Greueltaten, die ihnen selbst angetan wurden, erinnern. Die Vernehmung ergab, daß die geringste Abweichung von den Befehlen, zu robben und Kobolz zu schleßen auf spitzem Schotter mit blutig geschlagenen Köpfen und Gesichtern, unweigerlich den Tod aus der Ma-schinenpistole brachte. Die Rolle Helmer-Sandmanns als Denunziant und Zuträger der illegalen Henker wurde durch zahlreiche Zeugenaussagen belegt. Insbesondere durch die beiden Zeugen Arno Schreiber, einem ehemaligen NS-Kreisleiter und Volkssturmführer und den Kapo des "Todeslagers", Johann Dehme, die beide übereinstimmend den Tod des Reichsbahnrats Dr. Philipp Ludwig auf die Anzeige Helmer-Sandmanns zu-

Tschechische D-Zug-Flüchtlinge wandern aus

Ludwigsburg (lwb). 21 tschechoslowa-kische Staatsangehörige, die nach ihrer abenteuerlichen Flucht aus der CSR in einem D-Zus um Asyl als politische Flüchtlinge gebe-ten haben, werden voraussichtlich in Kürze ten haben, werden voraussichtlich in Kurze von Ludwigsburg aus nach den Vereinigten Staaten auswandern. Wie der Leiter des kanadischen Auswanderungsbüros der IRO für Württemberg-Baden in Ludwigsburg. J. McCracken, weiter mitteilte, hat der ehemalige Chef einer Schuhfabrik in der CSR, der jetzt in Kanada lebt, den Flüchtlingen seine Hilfe angeboten. McCracken gab ferner bekannt, den zur Zeit aus Württemberg-Baden monatdaß zur Zeit aus Württemberg-Baden monat-lich etwa 500 heimatlose Ausländer von Lud-wigsburg aus nach Kanada auswanderten.

Nürtingen (lwb). Der Bürgermeister von Nürtingen, Pfänder, hat dem Gemeinderat mitgeteilt, daß ein im vergangenen Monat wegen seiner Tätigkeit für die sogenannte Volksabstimmung über die Remilitarisierung entlassener städtischer Arbeiter nach einer Entscheidung des Innenministeriums nicht wieder eingestellt werden dürfe. Das Ministerium habe die Ansicht vertreten, daß der Arbeiter zu Recht entlassen worden sei.

Elektrischer Bahnverkehr bis Mühlacker

Dritter Abschnitt für Elektrizifierung fertig - Wann Weiterführung bis Karlsruhe?

(hpd). Wenn am heutigen Samstag der erste elektrische Zug die Station Mühlacker erreicht, dann ist der dritte Abschnitt der Elektrifizierung der Bahnlinie Stuttgart-Mannheim abgeschlossen,— Mit dem elektrischen Ausbau der 32 Kilometer langen Bahn von Ludwigsburg bis Mühlacker hat die Deutsche Bundesbahn eine ein malige Leistung vollbracht, Tag und Nacht rollten weit über 100 Züge über die Strecke. und trotzdem wurden die hohen Masten aufgestellt, die Oberleitung gezogen, Bahnsteige erhöht, neue Welchen eingebaut, die Sicherungsanlagen modernisiert and sonst schwere Arbeit geleistet.

Im Rahmen der Elektrifizierungsarbeiten gestaltete sich der Umbau des Bietighelmer Bahnhofes, bzw. der ganzen Gleisanlagen. Umfangreiche Erdarbeiten waren notwendig bevor die gesamte Gleisanlage verlegt und begradigt werden konnte. Auch erwies es sich als notwendig, ein modernes Gleisbildstellwerk zu errichten. Die zum Teil schwierigen und gefährlichen Arbeiten konnten ohne nennenswerte Unfälle und ohne Ver-

zögerungen des Verkehrs durchgeführt werden. — Die Durchführung dieses großen Ob-jekts kostete Millionen. Die wirtschaftlichen Vorteile rechtfertigen jedoch einen solchen Kostenaufwand. Die Elektrifizierung kommt vorerst in erster Linie dem Pendelverkehr

Verbesserungen im Winterfahrplan

(lwb). Am Sountag tritt der neue Winterfahrplan in Kraft. Im Bezirk der Eisenbahndirektion Stuttgart bringt er einige Verbesserungen im Zugverkehr.

Die Züge Karlsruhe-Mühlacker und Stuttgart-Uim wurden zu einem durchlaufenden Eilzug zwischen Karlsruhe und Ulm zusammengeschlossen. In vielen Fällen wurden im Nahverkehr die Anschlüsse verbessert und im Bezirks-Eilfernverkehr neue Haltestellen eingerichtet. Im Fernverkehr wurden die Verkehrszeiten des Holland-Italien-Expreß, des Tauern-Exprell und des Skandinavien-Italien-Expreß verkürzt. Zwischen Frankfurt und Mannheim ist eine neue Städte-Schnellverkehraverbindung vorgesehen.

Technik verdrängt den Rheinlachs Starker Rückgang der Lachsfischerei auf

Vom Oberrhein, wo jährlich neue Lachse ausgesetzt werden, kommt die Meidung, daß dort während eines einzigen Jahres kaum noch mehr als 500 Fische gefangen werden. Vor 40 Jahren fing man im Rhein etwa 4000 Lachse jährlich. Schuld an diesem Rückgang trägt die Technik mit ihren Kraftwerken, Regulerungen und Fabriken. Die dauernde Verunreinigung durch Abwässer, die aus den Fabriken in den Strom gelangen, bedeutet den Tod für den Lacha, der das klare Wasser liebt. Infolge des Rückganges der Lachsfischerei, bei der heute kaum 60 Mann beteiligt sind, sind die Fischer in große Not geraten. Män hofft allerdings, daß durch einen Appell an alle, die am Strom wohnen oder sein Wasser für ihre Betriebe verwenden, in Zukunft auf die Fische mehr Rücksicht zu nehnen und unnötige Verunreinigungen zu vermeiden, die Lage gebessert werden kann. Ebenso soll bei der Anlage von Regulierungen und Stauwerken auf den Lachs geachtet

Die Lachse, die in früheren Zeiten in den Rheingegenden Volksnahrung bildeten, bewohnen die Meere der nördlichen gemäßigten und kalten Zonen. Ihre Wanderlust ist ungeheuer groß. Die Männchen unternehmen in ihrem Leben zwei bis drei, die Weibchen oft vier Wanderungen. Im Frühling sammeln sich große Schwärme von Lachsen in den Mündungen unserer Flüsse. Sie tummeln sich dort längere Zeit, mästen sich mit kleinen Fischen und Krebsen und erreichen bei dieser fetten Kost das dreifache ihres normalen Gewichtes. Ein großer Teil der Lachse geht jedoch infolge der Einwirkung des verunreinigten Wassers zugrunde, bevor er die Wanderung antreten kann, die ihn landeinwärts

Dann schwimmen die Lachse in Gruppen zu 30 und 40 Fischen, ganz vorn die Weibchen, landeinwärts. Nur ein einziger erfahrener männlicher Lachs hält als Führer die Spitze. Die Lachse überwinden auf ihrer Wanderung manches Hindernis. Sie sind gute Springer und schneilen mitunter bis drei Meter in die Höhe. Um ihnen die Flußwanderung zu erleichtern, setzen die Fischer an manchen schwierigen Steilen "Lachsleitern" auf, mit deren Hilfe die Fische das Hindernis leichter überwinden können. Nach längerem Aufenthalt im Süßwasser geben die Lachse ans Laichen. Nachber ziehen sich die Fische, soweit sie dem Netz der Fischer entgehen, in das Meer zurück. Das Lachsweibchen ist außerordentlich fruchtbar und legt bis 20 000

Erst nach mehreren Jahren unternimmt der Lachs eine neue Laichfahrt. Dabei kehrt er genau an die Stelle seiner Geburt zurück. Die Lachse haben ein so gutes Orientierungsvermögen, daß sie auch dann zum richtigen Ziel finden, wenn man sie in Flüsse setzt, die ihnen unbekannt sind. So wurden im Rhein Lachse gefangen, gekennzeichnet und in die Elbe verpdanzt, Die Fische kamen jedoch auf schneilstem Wege in den Rhein zurück. Der Laich des Lachses bleibt an der Stelle, wo er vom Welbchen abgesetzt wurde, bis zum nächsten Mai liegen. Erst dann kommen die Jungen aus dem Ei. Ein Jahr später wandern sie dem Meere zu, um ihre Futterplätze zu suchen. Einige Jahre darauf ziehen sie mit den Eltern zu ihrer Geburtsstätte, wo eine neue Generation entsteht.

Es ware bedauertien, wenn die Technik den Lachs aus dem Rhein und aus anderen Flüssen weiter verdrängen würde, denn der Lachs wird auch in Deutschland gern gegessen. Lange Zeit hindurch bildete er, wie gesagt, in den Rheingegenden die Volksnahrung. Die Fischer bekamen den Lachs so über, daß sie in ihren Dienstvertrag die Klausel einbauten, daß zie, soweit sie in Verpflegung waren, nur zweimal in der Woche Lachs essen zu brauchten. Heute würden sie den selbstgefangenen Fisch oft gerne essen, aber sie müssen ihn sehr suchen; viel Plätze, wo es einst von Lachsen wimmelte, sind verwaist. F.M.

,Agent provocateur', Schmuggler und ungetreue Zöllner

Der Leiter der Zollfahndung kommt vor den Richter

Zweihundert Seiten zählte der Bericht, den der jetzige Leiter der südbadischen Zollfahndung, Zollamtmann Kannegießer, seinem Finanzminister auf den Tisch legte. Daraufhin wurde sein Vorgänger, Zollamtmann Klingenschmidt, verhaftet. Seitdem sind einige Staatsanwaltschaften in Südwestdeutschland mit dieser Schmuggelaffäre, einer der größten der Nachkriegszeit, beschäftigt worden; als Ergebnis haben sie eine einhundertvierzig Seiten lange Anklageschrift fertiggesteilt, die wiederum über einhundert Zeugeneinvernahmen notwendig machen wird.

In Friedrichshafen wurde der Stein ins Rollen gebracht, als es der dortigen Zollfahndungsstelle gelang, ein Schmuggelvorhaben zu
verhindern, bei dem es um hundert Millionen
amerikanischer Zigaretten ging. Als auch in
Offenburg, Lörrach und Grenzach Verhaftungen vorgenommen werden mußten, lud man
in Freiburg die Presse ein. So außergewöhnlich sei der Fall nicht, erklärte man, und die
Hand des Referenten lastete bei diesen Worten schwer auf den betreffenden Akten.
Gleichzeitig aber plauderten Eingeweihte in
der Grenzwegend aus der Schule:

der Grenzgegend aus der Schule:
Da gab es zum Beispiel einen "agent provocateur" — Dr. Walter Dünnhaupt nennt er -, der sich nun ebenfalls in Kürze vor dem Richter zu verantworten haben wird. Dieser Dr. Dünnhaupt bot einem Hamburger Kaufmann an, er wolle ihm rund 120 Fotoapparate in die Schweiz vermitteln. Der Hamburger kam mit den Apparaten, der Schwei-zer Käufer mit 10 000 Franken. Und als Dr. Dünnhaupt "freundlicherweise" das Geld wechseln ging - der Hamburger wollte Deutsche Mark haben — kam die Zollfahndung und faßte zu. Im Gefängnis sah sich dann der Hamburger allein; der Schweizer war ein Grenzacher Zollspitzel, der Chauffeur ein Zollfahnder und Dr. Dünnhaupt war überhaupt nicht zu sehen. Der nahm von seinem Chef als Provision 3200 DM in Schecks, 2000 Mark in bar und einen von den 120 Fotoapparaten. Die 2000 in bar gab er später in einem Cafe seinem Chef, eben dem Zollamtmann Klingenschmidt, wieder zurück. Das wurde aber alles erst bekannt, als der Hamburger wieder heimkam, sein Unternehmen vor dem Kon-kurs stand, seine Bank vor dem Konkurs stand, und ihm seibst die ganze Geschichte etwas unheimlich vorkom. Er stellte Ermittlungen auf eigene Faust an, die dann einiges sutage brachten, was im Dunkein bleiben sollte.

Einmal haben, auch das wird mit Dr. Dünnhaupt in Zusammenhang gebracht, 400 000 DM an der Grenzacher Grenze illegal von einem fn das andere Land gewechselt, und zwar gleich zweimal. Beide Male war Väterchen Staat, vertreten durch Herrn Klingenschmidt, Mittwisser, wenn nicht Akteur. Das Geld war durch ein Versehen herübergekommen. Der Schweizer hatte Angst es zurückzubringen und tat es auch schließlich nur, als man ihm Straffreiheit zusicherte. Dieser Dr. Dünnhaupt — er war schließlich der Chef und Klingenschmidt nur die Puppe — hatte schon früher in Magdeburg "für den Zoll" gearbeitet. In Lörrach brachte er es bald zu einem schweren Wagen mit Chauffeur. Klingenschmidt selbst galt als einer der besten Fahnder. Wie groß seine Beteiligung in Wirklichkeit war, und ob er, wie vermutet wird, an größeren Schmuggelaffären beteiligt war, wird erst zu erfahren sein, wenn die Staatsanwaltschaft ihr bisber streng gehütetes Geheimnis jüftet.



Sünderin Knef und Fernfahrer Albers pielen zusammen in dem neuen Film "Nachts tuf den Straßen", der in Frankfurt gedreht

"Autokönige haben einen kleinen Tick"

Margot von Opel kämpft um vier Millionen - Mr. Morgenshmith macht sich Hoffnungen

"Oh, ich werde meine Automobile machen lassen, wie Sie es wünschen. Ich kenne Ihre entzikkenden Stromlinienideen und werde es nicht stillschweigend mit ansehen, wie Sie Ihr schrecklich grousamer, geschiedener Mann mit lächerlichen 60 000 Dollar Unterhalt im Jahr abspeisen will. Kommen Sie, wenn Sie den Schmerz verwunden haben, zu Ihrem Generaldirektor Harry Morgenshmith!"

So schrieb der Generaldirektor der Ford-

werke in Chicago an die Baronin Margot von Opel, als er von ihrer soeben stattgefundenen Scheidung von dem 52 Jahre alten Baron Fritz von Opel erfuhr, die vom Obersten Gerichtshof des Staates New York ausgesprochen wurde. Die Baronin hatte jedoch mit einem neuen "Autokönig" oder seiner rechten Hand nichts mehr im Sinn. Sie bediente sich der amerikanischen Presse und ließ dem

 Mr. Morgenshmith macht sich Hoffnungen "Mitleidigen" eine öffentliche Antwort zu-

"Lieber Mister Morgenshmith", schrieb die Baronin, "nehmen Sie mir es nicht übel, aber das Beispiel meines Mannes gemahnt mich bei allen Leuten, die irgendwie führend in einem Autowerk tätig sind, vorsichtig zu sein. Nach meinen Erfahrungen haben Autokönige einen kleinen Tick. Das ist absolut unpersönlich gemeint. Aber Sie werden verstehen, daß ich lieber allein bleiben möchte." Baronin von Opel ließ sich von ihrem Manne wegen grausamer und unmenschlicher Behandlung scheiden. "Er hatte soviel Mödchen

wie Autos", erläuterte sie. Im übrigen braucht sich die geschiedene Baronin nur vorerst mit 60 000 Dollar im Jahre zu begnügen. Sie hat Anspruch auf vier Millionen Dollar der Vermögenswerte ihres Mannes erhoben und steht auf dem Standpunkt, daß dies ein Almosen und nicht einmal die Abfindung eines Gentleman sei, wenn man bedenke, daß Opel immerhin noch ein Altguthaben von 400 Millionen Dollar in den USA hat. Inzwischen sind die Rechtsanwälte Dr. Schleuser, Dr. Feitinger und Dr. Ko-bernü in New York zum Schutze des deutschen Autokönigs eingetroffen, "Wir werden es zu vermeiden wissen, daß das Vermögen unseres Mandanten durch Forderungen verachwendungssüchtiger Personen geschwächt wird", erklärte Dr. Schleuser, aufs höchste über die Forderung der Baronin empört. Auf der anderen Seite versicherten die beiden amerikanischen Anwälte Dr. Habermann und Dr. Hoocle threr Mandantin, daß sie fest mit den vier Millionen rechnen könne. Das Ver-mögen des Barons werde als Feindbesitz von den USA verwaltet. Margot von Opel brauche nur die amerikanische Staatsangehörigkeit anzunehmen und unter Umständen werde ihr dann ein wesentlich höberer Teil zugespen-

chen.

Während die ehemalige Gattin eines der größten Autofabrikanten noch überlegt, ob sie den Rechtstreit um die vier Millionen mit allen Mitteln aufnehmen soll, erreichte sie zin neuer Vorstoß von Generaldirektor Morgenshmith, der die Abneigung gegen Autokönige übersieht: "Lassen Sie mich einspringen! Sie wissen, daß ich Sie sehr verehre. Wir könnten darüber sprechen. Ich würde Ihnen gern sechs Millionen abgeben!" — Das Dienstmädchen, welches den Inhalt dieses Briefes an einen Journalisten verriet, wurde entlassen und bekam eine Stelle als — Zeitungsausträgerin!

R. v. B

"Mutterschiff der Ganoven"

Die falschen waren die echten Apachen

Wenn der junge Ingenieur von der Waterkant' in seinem Drang, einmal die Apachenlokale der Unterwelt kennen zu lernen, gleich bis nach Paris gefahren wäre, wirde er heute an die – für die Ausländer gestellten Apachen-Szenen auf dem Montmartre – mit mehr Freude zurückdenken, als an seinen Aufenthalt in einer großen Stadt am Rhein. Auf jeden Fall eriebte er hier, daß das Apachenblut dort wilder kreisen kann, als an der

Der Mann der Technik landete in einer zwiellichtigen Kneipe, wo es zwei Arten von Gästen gibt, nämlich die echte Unterweit und zum anderen Neugierige, die einmal einen Blick in das Treiben der Ringvereine werfen wollen. Vorweg muß schon gesagt werden: dem Besucher aus dem Norden bekam seine Neugier schlecht. Wenn sich auch anfänglich erst alles gut anließ Zu gut sogar. Er fand gleich eine "Braut". Und die 20jährige Gertrud verstand ihr Métier. Irgendweiche Regiemängel bügelte unauffältig ihr richtiger Freund aus. Vorläufig liebte sie ihren Gast, dem sie bald vorschlug, das Lokal zu wechseln. Ihre Komplicen fuhren in einem Auto dem Paar nach.

Plötzlich wurde die Tür des Autos aufgerissen, ein Ganove sprang heraus, versetzte dem abenteuerlustigen Norddeutschen einen furchtbaren Kinnhaken und murnelte etwas von "Belästigung seiner Braut". Das hörte der Ingenieur aber schon nicht mehr. Er lag betäubt am Boden und blutete ziemlich neitig. Jetzt kamen einem der Ganoven Bedenken. Er stellte den Überfallenen gegen eine Hauswand und machte sich aus dem Staube, ohne den geplanten Raub auszuführen.

Das Opfer wachte erst wieder im Krankenhaus auf und mußte acht Tage lang dort das Bett hüten. Schwere Gehirnerschütterung lautete die Diagnose. Die Polizel hatte sich zwischendurch eingeschaltet. Sie bekam schließlich alles heraus, den kon-gewaltigen Karl, den Schmiere-Hans und auch die feine Gertrud. An eich kein Kunststück. Sie war der Polizel als "Abschlepperin" von Fremden sehr gut bekannt und trotz ihrer erst 20 Lenze bereits ein sehr beschriebenes Blatt in der Polizelfertei.

Vor Gericht hatte der Ganove die Stign, obendrein den Kavalier zu mimen, der nur seine "Braut" vor Zudringlichkeiten hatte schützen wollen. Die Zubörer feixten niederträchtig, kamen aber voll auf ihre Kosten, als das Gericht die beteiligten Unterweitler für zwei Jahre ins Zuchthaus und Gertrud für 1 Jahr ins Geflingnis schickte. Der Staatsanwalt nannte in seinem Antrag das Lokal, wo die "Fledermlüsse der Liebe" und ihre "Bräutigame" verkebren und die ehrbaren Bürger "sich das nur einmal ansehen wollen", ein "Flugzeugmutterschiff" der Ganoven" Das letzte Wort spricht nun der Konzessionsausschuß der Stadt, der das "Flugzeugmutterschiff" durch Lizenzentzug "abwrschen" will.

ROMAN VON H. P. LARSEN

Copyright by Dr. Paul Herzog, Tübingen durch Verlag v. Graberg & Gorg, Wieshaden

"Nun gut", sagt Dr. Alwa, "ich habe auch keine Bedenken, denn was ich zu ordnen habe, ist auch nicht mehr als eine Sache unter Ehrenmännern. Ich meine" - und jetzt lächelt er etwas schlef, weil er fühlt, wie mißverständlich er sich eben ausgedrückt hat — "ich meine, als sie vor einigen Monaten abgeschlossen wurde, war es zwischen Dr. Burgdorf und mir eine Sache unter Ehrenmännern. Herr Dr. Burgdorf hat mir nämlich für bestimmte Zwecke zehntausend Mark geliehen. Ich wollte ihm heute dieses Geld zurückgeben und überbringe es nun Ihnen als den

Er zieht, mit etwas zitternden Händen, wie Hans Burgdorf beobachtet, eine Brieftasche und legt zehn einzelne Tausendmarkscheine auf den Tisch.

"Zinsen", sagt er, während seine Finger noch die Scheine zurechtrücken, "Zinsen wollte Dr. Burgdorf nicht. Das geht auch aus dem Schuldschein hervor, den ich ihm damals ausschrieb, und den ich von Ihnen jetzt aurückerbitte.

"Einen Schuldschein..." Sabine starrt ihn etwas ungläubig an, "ich habe mit meinem Vater oder vielmehr er mit mir noch nicht über solche Dinge sprechen können...ich weiß nicht..."

"Der Schuldschein müßte ja unter seinen Papieren sein, zehntausend Mark sind immerhin keine Kleinigkeit", sagt Hans Burgdorf.

"Dann hat sicherlich die Polizei den Schuldschein. "Sabine erschrickt, denn das Gesicht Dr. Alwas hat plötzlich einen ganz anderen, einen angstvollen, fast entsetzten Ausdruck angenommen. Es ist wie farbleer, die blutlosen Lippen zucken, ehe sie die nächsten Worte formen: "Also...doch...schon zu spät..." "Wieso zu spät, Herr Doktor?" fährt Hans Burgdorf auf.

Dr. Alwa hat sich schnell zusammengerafft Er sitzt kerzengerade auf seinem Stuhl. "Zu spät insofern", sagt er, "als die Polizei von dieser Sache keine Kenntnis zu haben brauchte, namentlich nachdem..." Er zögert, weiter zu sprechen, aber Hans Burgdorf fällt

schnell ein:

"Sie meinen, namentlich nachdem hier das Unglück mit meinem Vater geschehen ist?" "Allerdings." Dr. Alwa ha, sich jetzt wieder ganz in der Gewalt. "Die Polizei zieht oft sehr voreilige Schlußfolgerungen, und ich würde es wirklich bedauern, wenn sie sich durch diesen Schuldschein von der wirklichen Spur des Täters ablenken ließe..."

"Sie scheinen der Polizei nicht gerade viel nurutrauen, Herr Doktor," Burgdorf kann es nicht verhindern, mit einer gewissen Schärfe zu sprechen, der Mann, der da mit einer krampfhaft verborgenen Angst auf seinem Stuhl sitzt, wird mit jedem Wort, das er

"Nein", sagi Dr. Alwa ruhig, "Ich traue ihr wirklich nicht viel zu"

"Sie werden Ihre Gründe für diese Ansicht haben. Aber vielleicht ist es ganz gut, daß Sie heute noch zu uns gekommen sind. Denn das werden Sie selbst zugeben müssen, daß Sie gerade heute, einen Tag nach dem Tode meines Vaters, diese Schuld zurückzahlen, ist immerhin bemerkenswert."

"Ich finde duran nichts Bemerkenswertes"
sagt Dr. Alwa, und bemüht sich, dem Sohn
des Ermordeten in die Augen zu sehen. "Die
Schuld war, wie Sie aus dem Schuldschein
sehen könnten, schon eine Zeitlang fällig.
Herr Dr. Burgdorf hatte mich schon ernstlich
gemahnt, aber es war mir leider nicht eher
möglich, das Geld zu beschaffen. Daß inzwischen Herr Dr. Burgdorf verstarb, ist ein unglücklicher Umstand, den Sie mir nicht zur
Last legen können. Ich erfülle nur eine Ver-

"Auch wenn der Schuldschein bler noch vorbanden wire", antwortet Hans Burgdorf. "wäre die Geschichte von dieser Schuld zweifeilos zu Ohren der Polizei gekommen. Bei der Untersuchung einer Mordaffäre ist ja immerhin jeder Umstand wichtig, und dies

ist kein geringfügiger."

"Ja, natürlich." Dr. Alwa erhebt sich von seinem Stuhl. "Sie haben ganz recht, so oder so wäre die Sache doch zur Sprache gekommen. Da ich ein reines Gewissen habe, werde ich die unvermeidlichen Auskünfte, die man von mir verlangen wird, mit Gelassenheit in Kauf nehmen. Ich bitte Sie, das Geld zu behalten und mir bis zur Rückgabe des Schuldscheines eine Quittung auszustellen."

Hans Burgdorf schreibt die Quittung aus, und auf Wusch Dr. Alwas unterschreiben er und seine Schwester Sabine das Dokument. Mit einer sehr korrekten Verbeugung zieht sich Dr. Alwa zurüdt. Hans Burgdorf begleitet ihn bis zur Tür. Die beiden Herren sprechen kein Wort mehr miteinander.

Die Geschwister eitzen noch eine Stunde mit Dora zusammen, dann verabschiedet sie sich mit dem Versprechen, am nächsten Tage so bald wie möglich wiederzukommen, um Sabine in diesen schweren Tagen zur Seite zu stehen, die das junge Mödchen fast lieb gewonnen hat, und zweitens, um vielleicht als Mitarbeiterin Dr. Burgdorfs bei der Sichtung des Nachlasses behilflich zu sein.

Der Kriminalassistent Berndt ist spit nach Hause gekommen. Er hat noch lange im Büro an den Protokollen geschrieben, die morgen noch unterzeichnet werden müssen; und als er endlich in seine Wohnung kommt, ist er abgespannt und müde.

Susanne ist schon zu Hause. Wie allabendlich ist sie auch heute mit Herbert Schellmann
zusammengetreffen und mit ihm den schon
gewohnten Weg in den Anlagen um die Minoritenkirche auf- und abgegangen. Freilich,
ein Kuß im Freien ist jetzt kaum noch möglich. Auch andere Pärchen gehen jetzt, wo
es wärmer geworden ist, hier spazieren und
genießen das Zusammensein in der warmen
Prühlingsluf!

Heute allerdings haben die beiden glücklichen jungen Leute wenig von sich ihrer Liebe und ihren Zukunftsplänen gesprochen. Auch ihre Gedanken liefen immer wieder zu dem Mord an Dr. Burgdorf zurück, der in der kleinen Stadt ungeheures Aufsehen gemacht

"Weißt du, Susanne, was ich glaube?", fragt Schellmann. "Ich glaube, daß ihn eine Frau vergiftet hat, eine eifersüchtige Frau." Und plötzlich fällt ihm etwas ein. Er hält den Arm Susannes lose und spielerisch in seiner Hand und drückt ihn jäh, daß das Mädchen erschrocken zurückfährt:
"Das tut mir ja weh! Was hast du denn?"

"Das tut mir ja went was natt ou den.
"Ich denke an den Giftschrankschlüssel!"
"Du mit deinem Schlüssel!", sagt das dunkle Mödchen, über seinen Elfer lächelnd, "das wird wohl damals doch ganz harmlos gewesen sein."

"Vielleicht Aber vielleicht auch nicht, Ich glaube, der Chef hat sich noch nicht einmal davon überzeugt, ob wirklich was in seinem Giftschrank fehlt. Mädchen, wenn bei una dasselbe Gift fehlen sollte, mit dem der Mord ausgeführt wurde...!"

"Dannt" fragt sie, nun doch etwas interessiert.

Dann ware die Täterin - und für mich ist es eine Tüterin - wahrhaftig nicht west zu suchen...

"Du glaubet doch nicht etwu...Frau Gonterberg...?"

"Wer kennt sich in den Frauen aus..."
sagt er philosophisch und muß dafür einen heimlichen, aber heftigen Rippenstoß in Kauf nehmen. Aber das ist auch die einzige Zärtlichkeit, die beute zwischen den beiden jungen Menschen ausgetauscht wird. Herbert Schellmann ist viel zu sehr mit der Mordaffäre und seinen Gedanken an den Giftschrankschlüssel beschäftigt. Nicht einmal zu ein paar lieben Worten reicht es beute bei ihm. Und die sind gerade für Susanne wichtiger als alles andere. Wenn man den ganzen Tag über gearbeitet hat, braucht man abends eine kleine Zärtlichkeit, die alle Spannungen löst und so unendlich wohltut. Aber sie bleibt beute aus.

(Fortsetzung folgt)